

**AntragstellerIn:**

Name/Fachbereich/Gruppe  
Vorstand

**Antragsinhalt:**

Der Studierendenrat möge beschließen,

- Sich klar gegen die Verletzung von Pressefreiheit, Meinungsfreiheit und weiterer Diskriminierung in der Türkei zu positionieren und sich mit allen Betroffenen solidarisch zu erklären.
- Selbst keine Veranstaltungen der türkischen Regierung und Gruppen der dieser nahestehen durchzuführen oder zu unterstützen.
- Das Rektorat aufzufordern, keine Veranstaltung von Organisationen oder Personen der türkischen Regierung, oder derer nahe stehender Gruppen an der Universität Freiburg zu genehmigen.

**Begründung:**

*Begründung:*

*Die jüngste Kontroverse rund um die geplanten Wahlkampfauftritte türkischer Minister\*innen in Deutschland und anderen Ländern, könnten auch dafür sorgen, dass Freiburg Anlaufstelle solcher Veranstaltungen werden könnte. Dies wollen wir vermeiden, und somit ein klares Zeichen gegen die Verletzung von Werten setzen, welche für einen Staat, welcher sich demokratisch nennen möchte, grundgesetzlich gegeben sein sollten. Uns ist bewusst, dass die Meinungs- und Versammlungsfreiheit ein hohes und schützenswertes Gut ist. Deshalb möchten wir an dieser Stelle auch klar eskalationsbefördernde Maßnahmen und Angriffe auf diplomatische Immunitäten verurteilen. Auf Einschränken grundsätzlicher Freiheitsrechte darf keinesfalls mit der Einschränkung derselben reagiert werden. Wenn jedoch Freiheitsrechte missbraucht werden, um damit gezielt die Rechte anderer Menschen zu verletzen, dann ist es mit unseren Grundsätzen nicht vereinbar solchen Veranstaltungen Raum zu bieten.*

*Wir solidarisieren uns mit allen in der Türkei aus politischen Gründen inhaftierten Journalist\*innen. Diese Form der Einschränkung der Pressefreiheit halten wir für nicht hinnehmbar. Unliebsame und kritische Berichterstattung mit fragwürdigsten Anschuldigungen zu unterbinden, ist demokratischen Werten in keinsten Weise angemessen.*